

**Antrag der FDP-Fraktion vom 2. Dezember 2009 betr. Einbeziehung Dritter in
Zwangsvollstreckungsmaßnahmen**



Stadtverordnetenfraktion FDP
Rheinstr. 22 — 64283 Darmstadt
Tel./Fax: 06151/2 44 72, 06151/2 07 27
Email: fraktion@fdp-darmstadt.de
Internet: www.fdp-darmstadt.de

2. Dezember 2009

Antrag

Einbeziehung Dritter in Zwangsvollstreckungsmaßnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium des Inneren, sowie dem Hessischen Ministeriums der Justiz zu prüfen, ob und inwieweit in einem Modellversuch ermöglicht werden kann, die Zwangsvollstreckungs- und Forderungsbeitreibungshandlungen der Stadt Darmstadt ganz oder teilweise auf Dritte zu übertragen, um so einen zeitnahen und effizienten Vollzugserfolg besser als in der Vergangenheit zu gewährleisten.

Begründung:

erfolgt mündlich.

Leif Blum, MdL
(Fraktionsvorsitzender)